

»The revolution will not be napsterized«

Vom Antiimperialismus zum Antifaschismus, Antirassismus und Antisexismus - und nun zum Antiglobalismus? Warum wir da nicht mitgehen.

(alle Zitate aus Texten auf www.antifakongress.de)

1) Wessen Geschäft ist Politik? (siehe Lesefrüchte ... Seite 8)

Leute wie Ebermann leben von der Politik. Letztlich müssen wir hier auch deshalb Eintritt für die politische Debatte bezahlen. Und dementsprechend sind die Inhalte... »politische Felder« zum Ausschauen wie in der bunten Warenwelt, Konkurrenz der Positionen wie auf dem Marktplatz, Politik als Geschäft - so wie Napster nicht Kommunismus bedeutet, sondern Bertelsmann gehört!

In diese Veranstaltung möchten wir uns nicht einreihen, wir treten aber auch nicht in Konkurrenz!

2) Kapitalismus als Totalität, die das ganze Leben bestimmt

Politik, die den Antagonismus nicht mitdenkt, bleibt systemimmanent.

Der Antagonismus (unlösbarer Widerspruch) dieser Gesellschaft ist bestimmt durch die Produktionsweise der Fabrik: das Versprechen grenzenlosen Reichtums gegen die alltägliche Schinderei und Ausbeutung. Es geht nicht darum, neben anderen Themenbereichen auch »über die Ökonomie« zu reden. Die im bürgerlichen Politikverständnis immer schon mitgemachte Trennung zwischen den Sphären der »Politik« und der »Ökonomie« hält das System am Leben, weil es die Möglichkeit der Einflußnahme und Veränderung auf den abgetrennten und damit zum Geschäft gewordenen Bereich der »Politik« eingrenzt. Revolutionäre Politik muß den antagonistischen Widerspruch zwischen der Verwertung menschlicher Arbeitskraft und Reichstumsproduktion, zwischen Destruktion und Produktion, zwischen Ausbeutung und dem Kampf dagegen, bei jeder politischen Praxis mitdenken. Revolutionäre Politik ist der Versuch, die (eigenen) Kämpfe um Befreiung auf eine gesellschaftliche Ebene zu bringen.

3) Warum wir die Antifa kritisieren

Das Wesen des Antifaschismus besteht darin, dem Faschismus widerstehen zu wollen, indem er die Demokratie verteidigt. Die Demokratie ist die vollendete Form der Abtrennung der Politik von den Sachzwängen der kapitalistischen Ökonomie; sie ist der perfideste Schleier über der Gewalt der Ausbeutung - selbst über sie sollen wir noch »mitbestimmen« dürfen, ohne ihr uns entziehen zu können. Die Verteidigung der Demokratie ist das offene Eingeständnis, daß der Kapitalismus unzerstörbar und Kommunismus unmöglich ist. Demokratie ist die scheinbar freiwillige Unterwerfung unter den Leviathan der Staatsgewalt als unseren Zwangszusammenhang. Der Antifaschismus ist der linke Schutzwall der bürgerlichen Demokratie gegen radikale Kritik. In den 90er Jahren sind fast alle Jugendlichen, die aufbegehren und sich politisch zusammenschließen wollten, zur Antifa gegangen; dort wurde ihre Revolte auf diesen Hauptwiderspruch kanalisiert: erstmal die faschistische Gefahr bekämpfen!

4) Kritik des historischen Antifaschismus, Volksfront

»Antifaschismus steht in der Tradition der Volksfront« - das sagen jetzt auch die Veranstalter des Kongresses (im Kongreßpapier: »Die Antifa ist tot - es lebe die Antifa!«)

Volksfrontpolitik war eine besonders fiese Art von Hauptwiderspruchspolitik: wir müssen alles dem Überleben der Sowjetunion opfern: die Revolution, die Revolutionäre, die Arbeiterkämpfe.

Der »antifaschistische Kampf« konnte den Faschismus nicht verhindern.

5) Kritik des 90er Jahre Antifaschismus

Selbstverständlich müssen wir uns gegen Faschos wehren! So wie wir uns gegen alle wehren, die uns angreifen oder uns das Leben zur Hölle machen wollen. Aber deswegen muß man nicht Antifaschist sein. Für die AAB war Antifa immer Ideologie, organisatorischer Ansatz und »Politikform«; sie machen unentwegt »Politik«. Man sucht »neue Politikfelder« und klappert mögliche Kandidaten ab: »Bietet ein neuer Internationalismus die Möglichkeit einer gesellschaftlichen Positionierung der radikalen Linken ..?« Politikfelder, die modisch sind und ziehen, als Grundlage von Organisation. Die Auswahl ist beliebig: Anti-imperialismus, Antifaschismus, Antiglobalismus ... die Frage ist nur, ob es für ein Organisationsprojekt als Mittel taugt. Organisation wird dabei zum Fetisch - daher kratzt inhaltliche Kritik auch nicht; denn Inhalte werden nur funktional bestimmt. Die Debatte wird nicht ernsthaft geführt, sondern soll nur die notwendige Breite für das nächste Organisationsprojekt ausloten und herbeiführen.

Was die Maoisten für die 68er waren, waren FELS und AABO für die Autonomen der 80er: eine

Rückentwicklung, die sich fortschrittlich wählte!

6) Die »soziale Frage« zu thematisieren, reicht nicht aus!

Der Ausweg aus Einpunktbewegungen, die sich totgelaufen hatten, wird in der Regel in der »sozialen Frage« und/oder im »Antikapitalismus« gesucht. Dies ist ein Schritt nach vorne; wenn dabei stehengeblieben wird, ist es aber keine Lösung, sondern dann besteht die Gefahr, daß die anti-imperialistische oder die antifaschistische Ideologie einfach durch eine neue ersetzt wird. »Antikapitalismus« als ein »Politikfeld« neben anderen führt zwangsläufig zu Verkürzungen, wie sie im real existierenden Antikapitalismus schon angelegt sind: als Antiglobalismus, der zu einer neuen Aufwertung der Nationalstaaten und ihrer wirtschaftlichen Regulierung treibt (siehe attac); als »soziale Frage«, die seit ihrer Entdeckung im Vormärz bedeutet hat, nach einer Abmilderung oder Verschleierung des antagonistischen Gegensatzes durch Sozialreform zu suchen (siehe Existenzgeld).

Brief aus Leipzig

Antifa goes Goethe ;-) auf:

<http://www.antifakongress.de>: »Aktuell stehen für Interessierte die Vorbereitungen für den EU-Gipfel in Goetheburg in diesem Sommer an.«

Ein paar Überlegungen zu den Vorbereitungstexten zum Antifakongress

Wir brauchen heute nicht mehr drauf hinweisen, welches Verhältnis der »historische Antifaschismus« zur bürgerlichen Demokratie hatte, daß er in Spanien einen »Verrat der Revolution« bedeutet usw.; das wissen die Antifas inzwischen alles selber. Allerdings konnte man vor zwei Jahren für solche Thesen noch heftigst gedissert werden; ich kann mich erinnern, auf welches Unverständnis unsere Veröffentlichung von 'Wenn die Aufstände sterben' [Beilage zum Wildcat Zirkular Mai/Juni '99] getroffen ist. Wenn die Antifas von heute behaupten, den Faschismus aus der gesellschaftlichen Realität abgeleitet zu haben, läßt sich das zumindest für relevante Teile von ihnen definitiv bestreiten! Vielmehr konnte man sich in Diskussionen immer blaue Schienbeine ho-

len, wenn man versucht hat, Faschismus oder Rechtsradikalismus mit den gesellschaftlichen Realitäten in Verbindung zu bringen oder gar bestimmte Entwicklungen aus gesellschaftlichen Verhältnissen zu „erklären“, weil man damit eine »Entschuldigung« des Faschismus leistete (erinnert sei z.B. an die Debatte um das Flugzeug in Mannheim/Schönau). Heute geben sie in ihren Papieren den Begriff des 'rassistischen (oder nationalen) Konsens' als Beleg für ihren Gesellschaftsbezug an, dabei war dieser Begriff immer eine Hebel gegen jeden Versuch, die gesellschaftliche Realität in Person der eigenen Kollegen, Nachbarn, Kiezbewohner anzugehen, weil die ja eben jenem 'Konsens' anhängen.

Inzwischen merken sie, daß der Antifaschismus ein schlechter Hebel ist, um die Welt aus den Angeln zu heben; einige behaupten nun, das wäre ihnen schon immer klar gewesen; ich verstehe nicht, warum sie heute so tun, als ob sie Antifa erfunden hätten, um damit den Kapitalismus auszuschalten. *Möglicherweise* stimmt das für die AA(M) und die AAB - für die Leipziger Antifaszene der 90er stimmt es nicht; Antifaschismus war für uns ein Gebot des Überlebens

In den Kongreßpapieren überwiegt aber sogar die Tendenz, nach dem Kampf gegen die Faschos nun den Kampf gegen die Überwachungsgesellschaft zu thematisieren - und das reicht nun schon gar nicht aus, um einen politischen Schritt nach vorne zu machen! Im einen Fall kommen die Menschen nur als Verwaltungsobjekte vor, im zweiten als Überwachungsobjekte - als (mögliche) Subjekte kommen sie in keinem Fall vor!

7) Revolution (*alles übern Haufen werfen*)

Auch die wenigen inhaltlichen Papiere, die sich auf www.antifakongress.de finden ließen, drehen sich hilflos um das Problem, daß sie einerseits nach einem Zusammengang suchen, der ihnen die vielen Widersprüche begreiflich macht, aber andererseits vor etwas zurückschrecken, das sie Hauptwiderspruchstheorie nennen. Hinter diesem Problem stecken bürokratische Revolutionsvorstellungen: Revolution als Drehen an der zentralen Schraube, woraufhin sich alle anderen Schraubchen automatisch verstellen - und nicht als *Prozeß*, an dem die allermeisten Menschen beteiligt sind.

Klar geht es gegen den Kapitalismus; er ist eine spezifische Gesellschaftsform, in der sich die Menschen auf eine historisch besondere Art und Weise unterwerfen: unter ihre eigenen Produkte - nicht so sehr unter ihren Chef, der ist letztlich nur der Agent der allseitigen Unterwerfung unter die scheinbare Gewalt der Dinge. Diese Gewalt der Dinge resultiert aus der gesellschaftlichen Art zu produzieren, ohne daß diese Gesellschaftlichkeit bewußt würde, sie spielt sich hinter dem Rücken der Menschen ab, und erscheint deshalb als Zwang, als Gesetzmäßigkeit. Dieser Zwang bestimmt dein ganzes Leben, du kannst dich ihm nicht individuell entziehen, wir können dieses Verhältnis nur kollektiv aufheben - und das ist etwas, worauf wir Lust haben! Wir wollen das nicht, weil wir 'gute Menschen' sind, sondern weil wir andere Menschen sein wollen, weil wir uns zu den anderen Menschen auf eine andere Weise verhalten wollen. *Das* ist die Revolution: unsere Beziehungen zu anderen Menschen auf eine neue Art zu leben. Dabei werden wir dann auch die Eigentumsverhältnisse (und alle anderen Verhältnisse!) antasten - nicht umgekehrt! ■

(oft im wahrsten Sinne des Wortes), diese faschistischen Dampfbacken haben Häuser und Wohnungen überfallen, versucht, Konzerte auseinanderzunehmen, Leute auf der Straße erschlagen; es ging uns nicht darum, den Antifaschismus als Hebel zu benutzen, er war selbstverständliche Re(!)aktion, wenn wir uns in dieser Stadt bewegen wollten, nicht Mittel zum (höheren) Zweck.

Inzwischen sind 'die Antifas' also auch in ihren öffentlichen Verlautbarungen dort angekommen, wo andere schon waren, als sie noch auf Dächern übernachtet haben: es geht ums Ganze. Was fällt ihnen beim Blick über den Tellerrand auf? Antikapitalismus in Form der Antiglobalisierungsbewegung; auch wir sind ja schon auf den Trichter gekommen, daß diese 'Bewegung' was bedeuten könnte; das ist aber irgendwie nicht der Punkt für diese Antifas, sondern sie fühlen sich anscheinend hin- und hergerissen: einerseits entspricht diese 'Bewegung' auch ihrem Konzept von Politik; andererseits sie sehen die Schwierigkeiten und Widersprüche, die diese 'Bewegung' hat, also die Gefahr, sich auf den Nationalstaat zu beziehen, wenn man gegen die Globalisierung argumentiert. Aber sie wissen auch

nicht so recht, wie sie den ach so nötigen Antikapitalismus praktizieren sollen.

Warum? Ihnen fehlt ein Begriff vom Kapital als einem totalitären Verhältnis, das alle Bereiche des Lebens erfaßt und bestimmt; Kapital ist für sie die ökonomische Seite dieser Gesellschaft. Sie wehren sich (zurecht!) gegen die alte Hauptwiderspruchstheorie, haben aber trotzdem das Gefühl, es gäbe da so etwas wie eine Klammer über all diese 'vernetzten und doch irgendwie unabhängigen' Widersprüche, gesellschaftlichen Gegensätze etc. Weil sie aber außer 3:1 einerseits und Hauptwiderspruch nix wissen, sitzen sie zwischen allen Stühlen. So hüpfen sie hin und her, sprechen einmal von „Netzen“, das anderemal von „Totalität“ und verlieren letztlich von beidem das Beste: die alles durchdringende Radikalität der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie und die vielen „autonomen“ Erfahrungen „von unten“. Das ist das Dilemma des Politikers, der in der Revolution nicht die Umwälzung aller menschlichen Beziehungen sieht, sondern die Möglichkeit, geeignete technische Maßnahmen einzuleiten, die dann die Umwälzung der Gesellschaft nach sich ziehen.

love & rage

Thesen zur Wende in der EU-Einwanderungspolitik und zu den Perspektiven der Kämpfe

Wildcat (18.04.2001)

1. Was ist noch radikal an links?

Spätestens seit den 80er Jahren ist linksradikale Politik in Teilbereichen organisiert: die Antifas bekämpfen die Faschisten, die Flüchtlingsgruppen »kümmern sich« um die Einwanderer, die Arbeitslosengruppen »betreuen die Opfer« des Sozialstaatsumbaus. In dieser Konstellation wird jeder Kampf zu einem defensiven, jedes politische Engagement tendiert zur »Sozialarbeiterei« und zum Appell an den Staat.

2. One World

Es geht nicht um Strategien im Rahmen des Nationalstaats, sondern um die ganze Welt. Im kapitalistischen Weltsystem hat sich die Unterscheidung in Erste (»industrialisierte«), Zweite (»realsozialistische«) und Dritte (»unterentwickelte«) Welt aufgelöst. Die Akkumulation hat sich stufenartig nach Branchen über die Welt verteilt: Maschinenbau in der BRD, Waschmaschinenproduktion in Spanien und Italien, Autozulieferer in Polen und Rumänien, Turnschuhe und Festplatten in den asiatischen Tigerstaaten, Cash Crops und Abfallhalden in Afrika. Die einzelnen Stufen dieser Treppe sind aber nicht einheitlich: es gibt auch breite Armut und Sweatshop-Produktion in den USA und modernste Fabrikanlagen in Indonesien; das wird oft als »Leopardenfell« beschrieben. Diesen Spaltungen zwischen den Ländern und in ihrem Inneren entsprechen die Spaltungen der Löhne und der sozialstaatlichen Leistungen.

3. Welt in der Krise - Welt im Aufbruch

Trotz der Ausbeutung dieser Spaltungen steckt der globale Kapitalismus in der tiefsten Krise seiner Geschichte. Das seit 30 Jahren zyklische Absacken der Akkumulation ist Ausdruck einer grundlegenden Krise der kapitalistischen Vergesellschaftung. Gleichzeitig sind die Menschen in riesigen Wanderungsbewegungen in die Städte gezogen und bilden gigantische Belagerungsringe um die Metropolen (Mega-Cities). Zum ersten Mal in der Geschichte sind die Bauern nicht mehr die Mehrheit. Aber das Projekt der Industrialisierung, die Einbeziehung dieser »freien« Arbeitskraft in die kapitalistische Akkumulation, stößt heute an

Grenzen. Umso verzweifelter sucht das Kapital nach einer Lösung seiner Krise durch die Intensivierung der Ausbeutung.

4. Klassenkampf, Rigidität, Wanderungen

Das Klassenverhältnis ist ein Verhältnis von dauerndem Kampf: Wenn ansässige ArbeiterInnen sich weigern, bestimmte Drecksarbeiten zu machen oder für Niedrigstlöhne zu arbeiten, sollen Einwanderer an ihre Stelle treten. Wenn bessere Bedingungen am Arbeitsplatz durchgesetzt worden sind, wird der Betrieb (oder die ganze Branche) nach Osteuropa verlagert. Das Kapital ist aber nicht beliebig mobil (die »Globalisierung« war vor allem eine Propagandaoffensive), die Zentren der Akkumulation bleiben in den Metropolen, und viele Auslagerungen dienen nur dazu, den alten Belegschaften Druck zu machen. Es kommt zu keinem neuen Akkumulationsmodell, sondern alte Anlagen werden nach Osteuropa verlagert; dieser wilden Auslagerung folgt die EU Ost-Erweiterung.

5. Einwanderungsoffensive und Sozialstaatsumbau

Die Wende der Schröder-Regierung wie aller EU-Staaten zu mehr Einwanderung *und* die Reformen des Sozialstaats (Rente, Arbeitslosen- und Sozialhilfe, Krankenversicherung) sind Bestandteile einer Gesamtstrategie zur Steigerung der Ausbeutungsrate. Es geht nicht darum, den absehbaren Rückgang der Bevölkerung aufzuhalten, sondern um eine drastische Senkung der Reproduktionskosten bei gleichzeitiger Steigerung der abgepressten Arbeitsmenge. Nachdem die Zuwanderung in die BRD in den letzten Jahren teilweise negativ war, soll nun eine massenhafte und qualitativ veränderte Einwanderung organisiert werden: nicht mehr nur in die Jobs, die von ansässigen Arbeitskräften verweigert werden (Landwirtschaft, Gastronomie usw.), sondern als direkte Konkurrenz zum Angriff auf die Löhne in der Industrie, und auch in hochqualifizierte Bereiche wie mit der Greencard-Regelung. Bisherige Rigiditäten sollen durch eine massive Neuzusammensetzung aufgebrochen werden. Dem entspricht die weitere Aufsplitterung sozial-

staatlicher Leistungen, z.B. mit der Gewährung von Sozialleistungen nach dem »Heimatlandprinzip« im Rahmen der EU Ost-Erweiterung, um die Zuwanderung auf LohnarbeiterInnen zu beschränken.

6. Nicht den vorgegebenen Spaltungen folgen ...

Den Antiimperialisten sind die »guten Nationalstaaten« abhanden gekommen, die sie gegen die bösen Supermächte unterstützen könnten. Den Antifas ist ihre Rolle gegenüber den bösen Nazis abhanden gekommen, seit sich der Staat als der bessere Antifaschist präsentiert. Es kann uns nicht um eine Verlängerung einer solchen »Politik« gehen! Der Widerstand der ansässigen ArbeiterInnen gegen »Schmutzkonkurrenz« aus dem Ausland ist nicht an sich gut und unterstützenswert; die erklärte Absicht einer Flüchtlingsgruppe, Flüchtlinge auch dann bei der Arbeitssuche zu unterstützen, wenn sie dabei »Lohn- und Arbeitsstandards unterbieten«, greift sich einen anderen Teilaspekt der Klassenrealität raus und rennt damit in die Sackgasse! Daß Staatsorgane wie der DGB eine solche Politik machen, ist ihr Geschäft (»Interessenvertretung«; Klassenspaltung; Aufrechterhaltung des produktiven sozialen Friedens); daß linksradikale Gruppen in solche Fallgruben stolpern, ist Ausdruck ihrer strategischen Defensive.

7. ... sondern auf die Sprengkraft des globalen Klassenverhältnis beziehen

Diese Defensive können wir nur überwinden, indem wir uns auf die Widersprüche im globalen Kapitalverhältnis beziehen. Nur das kann unsere Rolle den vielen Konflikten und kleinen Kämpfen gegenüber sein - und eben nicht, die Leute dann auf die staatlichen Garantien zu verweisen! Ihre eigene Stärke können die Leute nur entdecken, wenn sie sich als Teil dieser weltweiten Auseinandersetzung sehen. Wir selber können uns auf ihr explosives Potential nur beziehen, wenn wir uns nicht als Unterstützer, als etwas von außen sehen, sondern als Teil dieser Widersprüche begreifen und unsere eigene Wut auf die Verhältnisse einbringen. ■

Rentenreform, Staats-Antifa und Zuwanderung

Die multinationale Zusammensetzung der Arbeiterklasse spielte in einem Land wie der BRD immer eine wichtige Rolle - um die Löhne zu drücken und die ArbeiterInnen gegeneinander auszuspielen, aber auch als explosiver Motor von Kämpfen. Beispiele dafür sind so unterschiedliche Situationen wie Streiks von Flüchtlingen gegen workfare-Programme in den 80er Jahren, Kämpfe in Großfabriken, die Neuzusammensetzung im Bausektor Anfang der 90er Jahre, Widerstand gegen Lagerunterbringung und Zwangsverpflegung, oder die zunehmende Illegalisierung der Arbeit von ImmigrantInnen in den 90er Jahren (siehe die Materialien auf www.wildcat-www.de). Immer wieder hat das Regime Stiefel-Nazis und ausländerklatschende Glatzen ermutigt und vor seinen Karren gespannt, um solche Situationen zu eskalieren, ImmigrantInnen einzuschüchtern, Gesetzesverschärfungen und polizeiliche Aufrüstung zu legitimieren usw.. Seit einem Jahr macht sich die Bundesregierung zum Fürsprecher verstärkter Einwanderung und verordnet im gleichem Atemzug einen »Antifaschismus der Anständigen«. Was ist da passiert?

Der kapitalistische Kern der Reformprojekte

In den Medien wird der Ruf nach Einwanderung von Arbeitskraft mit dem absehbaren Schrumpfen der europäischen Bevölkerung und der damit verbundenen Gefährdung der sozialen Sicherungssysteme begründet. Das ist Quatsch, denn die sozialen Sicherungssysteme sind nicht materiell gefährdet. Auch wenn der Anteil älterer oder nicht-arbeitender Menschen steigt, gibt es aufgrund der gestiegenen Produktivität keine Versorgungsprobleme. Die Strategen des Regimes sagen offen, worum es geht: die »Beschäftigungsquote«, d.h. den Anteil der Arbeitenden an der Gesamtbevölkerung. Dies ist nur ein geschönter Ausdruck für die gesamtgesellschaftliche Ausbeutungsrate, also für das Verhältnis der gesamten Menge an lebendiger Arbeit zu den gesamten Reproduktionskosten der Bevölkerung. Im Vergleich z.B. zu den USA sei diese Quote in Europa zu niedrig und müsse gesteigert werden. Das Strategiepapier des EU-Kommissars für Einwanderung [<http://www.materialien.org/migration/kurswechsel/vitorino.html>] nennt als Zielgröße eine Anhebung von aktuell 61 auf 70 Prozent bis zum Jahr 2010.

Um das Verhältnis zwischen Arbeitsmenge und Reproduktionskosten zu steigern, gibt es zwei Möglich-

Einwanderer im Streik - weder »Flüchtling« noch »Arbeitnehmer«

Das ganze Dilemma der Aufspaltung linker Politik in Teilbereiche zeigt sich, wenn Menschen mit ihren Kämpfen nicht in diese Raster reinpassen - z.B. wenn Flüchtlinge als ArbeiterInnen kämpfen, aber einer besonderen Ausbeutung ausgeliefert sind, weil sie »Flüchtlinge« sind. Dann wiegeln Asylgruppen ab und rufen nach Gewerkschaften, weil es um den Lohn gehe, und die Gewerkschaften erklären sich für unzuständig, weil es sich um Flüchtlinge handle, keine Gewerkschaftsmitglieder - oft nicht einmal 'legale' Arbeitnehmer.

Im Januar/Februar diesen Jahres kämpften etwa 70 ArbeiterInnen in einer Zulieferklitsche in der Nähe von Euskirchen bei Bonn mit Streiks und handgreiflichen Protesten gegen die Nichtauszahlung ihrer Löhne. Der Lohnklau war nur die Einleitung des mittlerweile erfolgten Konkurs der Firma Vemiko - und die ArbeiterInnen haben es auch nicht geschafft, einen längeren Streik zu organisieren. Aber in ihren Aktionen (mehrstündige Arbeitsniederlegungen, Festsetzung des Firmenchefs im Büro, gemeinsames Wegbleiben von der Arbeit) haben sie gezeigt, daß sie sich selber wehren können - ohne Gewerkschaft, Betriebsrat oder Sozialarbeiter. Dabei sprach alles gegen sie: sie kamen aus den unterschiedlichsten Ländern (Äthiopien, Nigeria, Kosovo-Albanien, Marokko, der Türkei ...), wohnten bis zu hundert Kilometer entfernt, wurden damit eingeschüchtert, daß ihre Arbeitserlaubnis nur für diesen Betrieb galt usw.. Ihre Stärke lag darin, daß sie zusammenarbeiten (einige waren schon mehrere Jahre dort) und daß ihnen die strategische Bedeutung z.B. der Vormontagen für Miele-Staubsauger bewußt war. Miele sah die eigene Produktion durch die Aktionen bei Vemiko so sehr gefährdet, daß sie selber einigen Arbeitern den ausstehenden (Vemiko-) Lohn zahlte.

Mit der Wende in der Einwanderungspolitik, die einen breiteren Niedriglohnsektor etablieren und die Lohnkonkurrenz intensivieren soll, wird es öfter zu solchen Konflikten kommen. Darin liegt die Perspektive einer Ausweitung und Verbindung der Kämpfe, wenn wir die Selbsttätigkeit der ArbeiterInnen ernstnehmen und nicht durch stellvertretende Betreuung ersticken.

(Ausführlicher Bericht: <http://www.wildcat-www.de/aktuell/a001migr.htm>) ■

keiten: entweder man steigert die Arbeitsmenge, oder man senkt die Kosten. Entscheidend ist immer das Verhältnis, solange höhere sozialstaatliche Kosten zu einer entsprechend höheren Abpressung von Arbeit führen, sind die Kosten kein Problem (nebenbei gesagt ist das der Kern des Sozialstaatsgedankens jenseits aller humanitären Floskeln). Zu den möglichen und aktuell gleichzeitig diskutierten Hebeln gehören: Verlängerung der Lebensarbeitszeit, d.h. früher anfangen zu arbeiten (Verkürzung der Ausbildung) und später aufhören (Anhebung des Rentenalters - indirekt wird das mit der Teilprivatisierung der Rente betrieben, weil dann einfach länger gearbeitet werden muß, um genug Geld für die Rente ansparen zu können); einen größeren Teil der Frauen in Lohnarbeit bringen; höhere Einwanderung mit einer entsprechenden Selektion nach Arbeitsfähigkeit, Alter und Qualifikation. Dann ist deren Erwerbsquote höher, und die auf sie entfallenden Kosten für Erziehung, Ausbildung und je nach Regelung auch für Krankheit oder Arbeitslosigkeit niedriger; Intensivierung der Arbeit und Senkung der Lohnsumme - wofür die stärkere Aufspaltung in gute und schlechte Jobs, in hohe und niedrige Löhne gebraucht wird; *auch dafür ist Einwanderung aus Niedriglohnländern ein zentraler Hebel* (nach ILO-Angaben existiert an der deutsch-polnischen Grenze das weltweit höchste Lohngefälle mit 1:11 noch vor der Grenze zwischen den USA und Mexiko mit 1:10).

Die Steigerung der Ausbeutungsrate - selbst wenn sie gelingt -

ist keine Lösung der kapitalistischen Krise

Die Zuwanderung stark auszuweiten und zu einem breiten Angriff auf die unteren Schichten der Arbeiterklasse zu benutzen, ist noch kein erfolgreiches Modell zur Lösung der Akkumulationskrise - wie sich aktuell in den USA zeigt. Der »Boom« der letzten zehn Jahre hatte sich auf einen drastischen Anstieg der legalen wie illegalen Einwanderung gestützt: in den 80er Jahren kamen 7,3 Millionen Menschen legal ins Land, in den 90ern über 9 Millionen; weiter 6 Millionen sollen sich mittlerweile illegal dort aufhalten - die höchste Zuwanderung, die es in absoluten Zahlen in die USA je gegeben hat. Aber auch dieser Zugriff auf massenhaft neue Arbeitskraft konnte nicht verhindern, daß die tiefe Krise der kapitalistischen Akkumulation nun offen zutage tritt, die durch den Boom an den Finanzmärkten nur verdeckt war. Die aktuell von den USA aus-

gehende Krisendynamik ist von einer solchen Wucht, daß in nächster Zeit womöglich die Karten im Klassenkampf sowieso komplett neu ausgegeben werden, die Situation ist offen. Dabei wird sich auch zeigen, daß Wanderungsbewegungen nicht so einfach technokratisch je nach Arbeitsmarktlage manipuliert werden können, wie es von den Strategen eines neuen »Migrationsmanagements« (Strategiepapier des EU-Kommissars) dargestellt wird.

In dem Spannungsverhältnis zwischen ungelöster kapitalistischer Krise und dem verzweifelten Ringen der Unternehmer und Staaten um die Intensivierung der Ausbeutung liegt die Chance der Entstehung radikalisierte und explosiver Klassenkämpfe - zugleich aber auch die Gefahr, daß die auf Teilbereiche beschränkten linken Politikformen die vorgegebenen Spaltungslinien und Mystifikationen nachvollziehen, statt sie zu durchbrechen.

Die Verschleierung des Klassenverhältnisses in der Tagespolitik

In der Tagespolitik werden die verschiedenen Hebel zur Steigerung der Ausbeutungsrate als politische Alternativen gehandelt und mystifizieren damit den klassenpolitischen Kern und Zusammenhang dieser Reformprojekte. Zum Beispiel machen die Befürworter der Einwanderung das Angebot: »mehr Einwanderung zur Rettung der Rente«, die Gegner sagen: »wir bewahren Euch vor der Einwanderung, dafür müßt ihr aber länger arbeiten und den Gürtel enger schnallen«. In Wirklichkeit sind das keine Alternativen, sondern die zwei Backen derselben Zange: Der DGB beteiligt sich am wachsenden Druck auf Arbeitslose und bringt die Rentenreform über die Bühne (mit dem Hinweis, dann brauchen wir keine Zuwanderung). Grüne oder SPDler fordern die Absenkung der Tarife und einen Niedriglohnssektor sowie Zuwanderung als wichtigen Hebel zu deren Durchsetzung. Der BDI verlangt eine jährliche Zuwanderung von 450 000 Arbeitskräften, damit die Industrie auf einen »flexibleren Arbeitsmarkt« zugreifen kann; denn nur durch massive Neueinstellungen können sie gefestigte Strukturen innerhalb der Betriebe aufweichen.

Die gegenwärtigen Bemühungen des Schröder-Regimes, mehr Zuwanderung ins Land zu holen, gehen über die »Unterschichtung« des hiesigen Arbeitsmarkts durch begrenzte Segmente von bil-

liger Arbeitskraft hinaus. Die vom BDI lancierten Zahlen zeigen, daß heute eine andere Form von Arbeitsmigration angestrebt ist, die auch in die industriellen Zentren hereingeholt werden und die Ausbeutungsbedingungen insgesamt verschärfen soll.

In den 90er Jahren wurden die industriellen Sektoren umstrukturiert und Teile der Produktion ausgelagert. *Relativ* abgetrennt davon wurde die Arbeitskraft von Zugewanderten und Illegalisierten ausgebeutet. Kämpfe in diesen Bereichen blieben isoliert und entsprechend schwach (Streik der Bahnreiniger in NRW 1999, Streik bei Vemiko/ Euskirchen siehe Seite 6). Noch stärker segmentiert ist die Arbeit in der Landwirtschaft; lediglich im Bausektor kam es zur offenen Konkurrenz zwischen Ansässigen und Zugewanderten bzw. Wanderarbeitern, was zu rassistischen Ausfällen, aber auch zu Kämpfen führte, die den Staat schließlich zu einer Regulierung in Form des Mindestlohns zwangen.

Die Verhältnisse zum Tanzen bringen, statt uns in ihnen zu etablieren

In der öffentlichen Diskussion um die Arbeitsmigration prallen Standpunkte aufeinander, die die von Staat und Unternehmern vorgegebenen Spaltungslinien nicht verlassen: der DGB wehrt sich gegen Einwanderung und verlangt lange Übergangsfristen bei der EU Ost-Erweiterung, um die Löhne zu verteidigen. Flüchtlingsgruppen sehen darin nur den Rassismus und kritisieren die egalitäre Parole »gleicher Lohn für gleiche Arbeit« als faktische Ausgrenzung der Migranten vom Arbeitsmarkt. Auf den ersten Blick haben beide Positionen ihre Berechtigung - die Schwäche beider liegt darin, daß sie an eine staatliche Regulierung appellieren und das Problem als eine Konkurrenz um »Arbeit« betrachten. Die Konkurrenz ist aber nur die *Form*, in der die Abpresung von Arbeit forciert wird - dies abzusichern ist die allgemeine Aufgabe des Staats.

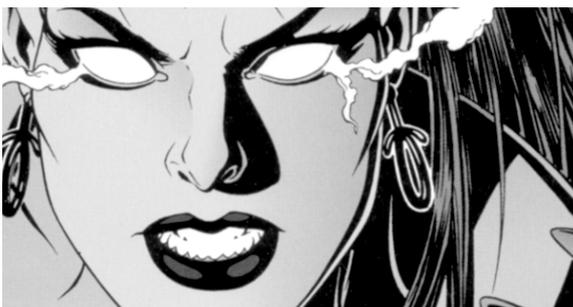
Statt die von Staat und Unternehmern vorgegebenen Spaltungs- und Konkurrenzlinien nachvollzuziehen, müssen wir die brüchigen Stellen (unter)suchen. Dafür ist es notwendig, die Konflikte in der BRD als Momente der Widersprüche im globalen Kapitalverhältnis zu verstehen. Es geht nicht darum, abstrakte Einheits- und Solidaritätsappelle zu verbreiten, sondern wir müssen uns an den Punkten von Widersetzlichkeit,

Kampf und Rebellion orientieren. Kämpfe entzündeten sich meist an einzelnen Punkten und weiten sich aus, wenn sich andere ArbeiterInnen spontan in ihnen erkennen und sich deshalb »solidarisieren«. Solche Dynamiken sind heute wieder leichter möglich, weil der Kapitalismus nicht mehr als das »überlegene System« erscheint und Kämpfe eher als berechtigt empfunden werden als noch vor zehn Jahren.

Wir selber müssen daran anknüpfen, wie sich die ProletarierInnen informell organisieren und welche Ansprüche sie in ihren Kämpfen entwickeln. Diese Ansprüche gehen oft weit über das hinaus, was von Linken als arbeitsrechtliche Standards oder gewerkschaftliche Absicherung ins Spiel gebracht wird. Auch wenn es auf den ersten Blick oft nur darum zu gehen scheint, die Einhaltung der Regeln durchzusetzen, artikuliert sich in diesen Konflikten der globale Gegensatz von Ausgebeuteten und Kapital. Wer solche Konflikte in die vorgegebenen Bahnen institutioneller Vermittlung kanalisiert, raubt ihnen gerade das, was über die Absicherung eines status quo der Ausbeutung hinausweist. Dann werden solche Kämpfe leicht zur Forcierung der Klassenspaltung!

Heute setzen viele Bewegungen weltweit den Antikapitalismus wieder auf die Tagesordnung. Das ist eine gute Entwicklung, sie darf nur nicht dabei stehen bleiben, denn dann hätten wir nach Antiimperialismus und Antifa nur eine neue Mode-Ideologie. Es ist richtig: Faschismus, Krieg und Hunger lassen sich nur ausrotten, wenn wir die Ausbeutung abschaffen. Aber das werden wir paar Linke nicht alleine können, sondern das kann in letzter Instanz nur die Sache *aller* Ausgebeuteten sein.

Statt »Betreuung von Opfern«
gemeinsamer Kampf um Befreiung!
Die Widersprüche in der kapitalistischen
Ausbeutung (unter-)suchen und in sie eingreifen!



Unser Geschäft ist die Politik

(Lesefrüchte aus www.antifakongress.de)

»Muß nun angesichts veränderter politischer Rahmenbedingungen, angesichts der Aneignung des Antifaschismus-Begriffs durch die bürgerliche Mitte, bei der Wahrnehmung neuer möglicher politischer Felder alles anders gemacht werden? Mitnichten! Die Politik der letzten Jahre war weder falsch noch erfolglos.«

Wenn man feststellen muß, daß »die Begriffe der eigenen Politik ... von der Staatsmacht aufgegriffen und für deren Politik verwendet« werden können, und daß dabei das einstige Lieblingsschlachtroß, die »Zivilgesellschaft« sogar die Hauptrolle spielt (»die Antifa ... wurde von der Rhetorik der verzivilgesellschafteten Öffentlichkeit überrannt«) - wäre es dann nicht etwa an der Zeit, gründlich, das heißt radikal, über die »eigene Politik« nachzudenken? »Mitnichten!« Die Lösung wird in einem Mix aus »symbolischer Politik«, trendigem Stil nahe am Zeitgeist und der eigenen »Positionierung« als »relevante Kraft« gesehen - dies alles durchaus in Kontinuität mit der Politik, die man bisher auch schon »weder falsch noch erfolglos« gemacht hat.

- »Will man aber eine gesellschaftlich wirksame Politik entwickeln, ist es vonnöten, symbolische Politik zu betreiben.«
- Im Forum *Wer hat hier Stil? pop-antifa, mainstream und linke Kultur* »steht die Frage an, wie der Bruch mit dem herrschenden Stil mit erfolgreicher Politik zu verbinden ist«
- Was ist »erfolgreiche Politik«?? Einen Hinweis finden wir im Hauptpapier *das Jahr, in dem wir Kontakt aufnehmen*: »Organisierungsversuche wie die AA/BO haben es nicht geschafft, sich als relevante Kraft zu etablieren« - steht da echt: »etablieren«!

Im selben Papier stellen die AutorInnen nochmal kategorisch klar, daß sie mit ihrer bisherigen Politik weitermachen wollen (»Bündnisse mit bürgerlichen Gruppen« seien nicht »generell zu verwerfen«). Das ganze Papier stellt bürgerliche Politikvorstellungen in Reinkultur dar: relevant werden, mitreden, sich in dieser Gesellschaft positionieren, etablieren.

»Unser Geschäft ist die Politik, die sich als Widerstand versteht«. »Der Grund, warum wir uns mit Überwachungsgesellschaft und Konformitätsdruck beschäftigen, liegt .. in der Beeinflussung unserer »Geschäftsbedingungen« durch diese Entwicklungen.« [Forum *Widerstand ist zwecklos ...*]